

Die Qualität des Lebens

Von

Dr. Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit a.D.,
Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission von 1973-1992

1972

Inhalt

Vorwort.....	2
Die Qualität des Lebens.....	3
I. Von der Quantität zur Qualität.....	3
II. Von der Negation zur Position.....	5
III. Neue Maßstäbe.....	7
IV. Von der Ökonomie zur Ökologie.....	9
V. Herausforderung an die Politik.....	12

Vorwort

Im Jahr 1972 stritt man sich in der Bundesrepublik um die Ostverträge der Regierung Brandt. Die Konjunktur war gut, das Wachstum auch. Da organisierte ausgerechnet eine Gewerkschaft, die IG Metall, eine internationale Tagung in Oberhausen zum Thema „Lebensqualität“. Angestoßen hatte dies Otto Brenner, der schwerkranke Vorsitzende der IG Metall.

Schon das Thema warf eine Frage auf, die für die meisten ganz neu war: Was bewirkt eigentlich das Wirtschaftswachstum? Macht es uns zufriedener, unser Leben wirklich angenehmer, erfüllter, sinnvoller, schöner? Oder kann es auch zerstören?

An Weihnachten 1971 hatte mich Brenner angerufen. Als Bundesminister hatte ich genug zu tun und so entstand mein Vortrag in den Ostertagen 1972. Man merkt ihm an, daß¹ ich keine fertigen Ergebnisse zu präsentieren hatte, sondern eine Diskussion anstoßen wollte. Das gelang auch, aber sie wurde in der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre durch die Ölpreiskrisen gebremst und später von der marktradikalen Welle weggespült. Nachdem diese Welle sich durch die Krisen 2008 bis 2011 überschlagen hat, kommen die Themen von damals wieder hervor.

Erhard Eppler, im Juni 2011

¹ Die alte Rechtschreibung wird sowohl im Vorwort als auch im Text der Rede wie im Original beibehalten.

Die Qualität des Lebens²

I. Von der Quantität zur Qualität

Wir sprechen heute von Qualität des Lebens, obwohl wir nicht genau wissen, worin sie besteht, noch weniger, wie sie zu verwirklichen sei. Wir sprechen von Qualität, weil wir an der Quantität irre geworden sind. Am Anfang steht also auch hier nicht das Wissen, sondern der Zweifel.

Wir zweifeln, ob dies gut für die Menschen sei:

- immer breitere Straßen für immer mehr Autos
- immer größere Kraftwerke für immer mehr Energiekonsum
- immer aufwendigere Verpackung für immer fragwürdigere Konsumgüter
- immer größere Flughäfen für immer schnellere Flugzeuge
- immer mehr Pestizide für immer reichere Ernten
- und, nicht zu vergessen, immer mehr Menschen auf einem immer enger werdenden Globus.

Denn wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß dies auch bedeutet:

- immer schlechtere Luft
- immer widerlichere Schutthalden
- immer unerträglicherer Lärm
- immer weniger sauberes Wasser
- immer gereiztere Menschen
- immer mehr Giftstoffe in den Organismen
- und immer mehr Tote auf den Straßen.

Wir stellen dies fest, ohne daß wir schon exakt sagen können, wie denn nun das Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und Lebensqualität genau aussieht. Sicher scheint nur, daß dasselbe Wirtschaftswachstum, das unser Leben in den letzten 100 Jahren in vielem angenehmer gemacht hat, es schließlich auch unerträglich machen kann.

² Publikation mit freundlicher Genehmigung des Autors.

Was wir, auf unser Land bezogen, langsam in unser Bewußtsein aufnehmen, die Jüngeren rascher als die Älteren, haben die Computer des *Club of Rome* für den ganzen Globus durchgerechnet.

Ich wundere mich nicht so sehr über die Ergebnisse als über die, die sich darüber wundern. Natürlich wird man darüber streiten können - ja sogar müssen -, ob der Zeithorizont der Studien stimmt, ob bestimmte kritische Punkte schon zu unseren Lebzeiten, zu Lebzeiten unserer Kinder oder erst unserer Enkel erreicht werden. Sicher scheint zu sein, daß die Menschheit in durchaus absehbarer Zeit an Grenzen stößt, von denen wir uns vor fünf Jahren noch nichts träumen ließen. Spätere Generationen werden wahrscheinlich die Köpfe darüber schütteln, wie lange wir zu der simplen Einsicht gebraucht haben, daß auf einem endlichen Erdball mit endlichen Ressourcen die Zahl der Menschen, die Verbrauchsziffern für Rohstoffe, Energie oder Wasser nicht beliebig ansteigen können. Sie werden die Köpfe darüber schütteln, wie wir glaubten, ungestraft in Kreisläufe und Gesetzmäßigkeiten der Natur eingreifen zu können. Sie werden manches als windschiefe Ideologie erkennen, was sich heute als realitätsbewußter Pragmatismus gibt. Und sie werden vielleicht feststellen, daß in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, also genau in der Mitte zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Jahr 2000, eine historische Zäsur liegt, deren Bedeutung kaum zu überschätzen ist: die Einsicht der modernen Wissenschaft in die Grenzen des wirtschaftlichen und demographischen Wachstums.

Ich möchte dem *Club of Rome* in einigen Punkten ausdrücklich zustimmen:

1. daß es keinen Sinn hat, in den Industrieländern über bessere Lebensqualität zu philosophieren, wenn die Bevölkerungsexplosion in Entwicklungsländern nicht gestoppt werden kann, daß also „die Strategie, die sich mit den beiden Schlüsselproblemen der Entwicklung und der Umwelt befaßt, als Einheit [...] konzipiert werden muß“³;
2. daß wir unter Zeitdruck stehen. Auch wenn wir heute gemeinsam beschließen wollten, unsere Energie auf die Familienplanung in Entwicklungsländern zu konzentrieren, würde dies die Bevölkerungsexplosion vor dem Jahre 2000 mit Sicherheit nicht zum Stehen bringen. Bis in den meisten Entwicklungsländern soviel an Bildung, Beschäftigung, Ernährung, Behausung, sozialer Sicherheit und Gesundheitsdienst angeboten werden

³ D. Meadows: "The Limits to Growth: A Global Challenge", Boston 1972, S.192; deutsche Ausgabe: "Die Grenzen des Wachstums. Bericht des *Club of Rome* zur Lage der Menschheit", Stuttgart 1972.

kann, daß Familienplanung eine Chance bekommt, werden wir tief in den achtziger Jahren sein. Und dann wird es so viele junge gebärfähige Frauen geben, daß auch eine drastische Reduzierung der Fruchtbarkeitsrate die Zunahme der Bevölkerung noch lange nicht abstoppen könnte;

3. daß wir mit den jetzt sichtbar werdenden Aufgaben nicht fertig werden, ohne einen grundlegenden Wandel in unseren Wertsystemen, und zwar im individuellen, nationalen und internationalen Bereich⁴.

Ich würde - im Gegensatz zu Fred L. Polak - den Forschern auch nicht vorwerfen, daß sie in ihrer düsteren Vorausschau nicht einbezogen haben, welche Veränderungen sich durch politische Entscheidungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ergeben können. Denn gerade weil sie dies nicht getan haben, zeigen sie dem Politiker seine Verantwortung und fordern Entscheidungen heraus.

II. Von der Negation zur Position

Wir haben bisher davon gesprochen, was die Qualität des Lebens mindern, was schließlich sogar das Überleben gefährden kann. Sogar wenn es möglich wäre, in diesem Bereich des Negativen zu gemeinsamen Schlüssen zu kommen, wäre noch nichts darüber gesagt, was Qualität des Lebens positiv bedeute. Natürlich kann man, wie der Rektor des Massachusetts Institut of Technology, Jerome B. Wiesner, formulieren: „Nicht die Maschine, sondern der Mensch wird im Mittelpunkt des künftigen Geschehens stehen.“

Nur: Wenn man den Sonntagsreden der letzten 20 Jahre glauben darf, steht er da schon so lange, daß er vom vielen Stehen schon reichlich müde ist.

Auch wenn wir meinen, die Qualität des Lebens steige in dem Maße, wie es Menschen gelingt, sich selbst zu verwirklichen, kann dies eine Leerformel bleiben, es sei denn, wir fragten weiter, wie der Mensch sich selbst am besten verwirklichen könne.

Dies aber führt notwendig zur Frage nach den menschlichen Bedürfnissen. Nicht was der Mensch gebrauchen oder gar verbrauchen kann, steht zur Diskussion, sondern was er braucht, um seine menschlichen Möglichkeiten zu realisieren. Wenn es um die Bedürfnisse des Men-

⁴ D. Meadows, vgl. Anm. 2, S. 195.

schen geht, sind Ökonomen, Psychologen, Soziologen, Anthropologen, aber auch Philosophen und Theologen gefordert. Daß sie sich niemals einigen werden, ist kein Argument gegen eine Wissenschaft von den menschlichen Bedürfnissen. Wir brauchen eine solche Wissenschaft.

Natürlich gibt es Bedürfnisse, über die auch im Vorfeld solcher Wissenschaft rasch Einverständnis zu erzielen ist. Daß der Mensch Nahrung, Kleidung, Wohnung braucht, wird niemand bestreiten. Aber wie befriedigen wir im Städtebau das doppelte Bedürfnis nach Kommunikation und Distanz? Wie das Bedürfnis nach körperlicher Bewegung für die Kinder in unseren Mietshäusern? Ohne Zweifel gibt es ein Bedürfnis nach einer menschenfreundlichen Umgebung, nach etwas Schönerem, aber wie soll diese schönere Umgebung aussehen? Wahrscheinlich werden wir uns auch noch darauf einigen können, daß der Massenkonsum an Kilometern nicht sinnvoller sein muß als der Massenkonsum von Zigaretten. Aber wie soll das menschlichere Reisen aussehen? Vielleicht werden wir auch Friedrich Schillers Plädoyer für den spielenden Menschen, für das Spiel als eine der großartigsten menschlichen Möglichkeiten, wieder ernst nehmen. Aber reicht es dann aus, wenn wir uns als Zuschauer mit Spielern identifizieren? Niemand wird widersprechen, wenn wir Gesundheit als Grundbedürfnis des Menschen bezeichnen. Aber wie muß diese Gesellschaft beschaffen sein, wenn wir auch die psychische Seite der Krankheit wirksam angehen wollen?

Wer von den Bedürfnissen des Menschen ausgeht, wird früher oder später werten müssen. Auch die Wissenschaft wird an ihre Grenze stoßen, wo Wertentscheidungen unvermeidlich werden. Welche Form des Eigentums den menschlichen Bedürfnissen am ehesten entspricht, wird sich wohl nie wissenschaftlich klären lassen. Welchen Stellenwert das Bedürfnis nach Freiheit oder Sicherheit hat, ist letztlich keine Frage an die Wissenschaft. Wie ernst das Bedürfnis des Menschen zu nehmen ist, Subjekt und nicht nur Objekt von Entscheidungen zu sein, hängt letztlich auch davon ab, ob man dieses Bedürfnis wecken oder einschläfern will. Hier, im Bereich politischer Grundwerte, wird Wissenschaft die fälligen Wertentscheidungen vorbereiten und durchsichtig machen, aber niemals ersetzen können.

Altliberale Dogmatiker haben geglaubt, - und einige glauben es immer noch -, daß das Bedürfnis nach Gerechtigkeit sich schließlich von selbst erledige, wenn durch Mehrung des Wohlstandes jeder materiell gesichert sei. Die letzten Jahre haben genau das Gegenteil bewie-

sen. Gerade da, wo materielle Wünsche erfüllt sind, bricht die Frage nach der Gerechtigkeit wieder auf.

Ebenso könnten sich übrigens marxistische Dogmatiker irren, die meinen, religiöse Bedürfnisse verschwänden, wenn die materiellen gedeckt sind.

Wer sich von der Frage leiten läßt, was der Mensch braucht, um sich als Mensch zu verwirklichen, muß wissenschaftlich, manchmal sogar technokratisch beginnen. Er wird notwendig politisch, im weiteren Sinne sogar ideologisch enden. Wo es aber unausweichlich wird, politische Grundwerte neu zu überdenken und ihren Stellenwert neu zu bestimmen, ist es nicht ausgeschlossen, daß sich auch neue politische Fronten bilden.

Der Begriff der Lebensqualität, vorerst nur negativ faßbar, wird seine eigene Dynamik entfalten. Er wird die Dürftigkeit des landläufigen Pragmatismus offenlegen, ideologische Vorstellungen durcheinanderwirbeln, alte Gegensätze relativieren und neue aufreißen.

III. Neue Maßstäbe

Daß wirtschaftliches Wachstum nicht als Maßstab für den Fortschritt taugt, wird bald nicht mehr umstritten sein. Daß die Verdoppelung des Schlaftablettenkonsums innerhalb von sieben Jahren - eine Leistung, die sicher nicht nur die USA aufzuweisen haben - sich statistisch als Erhöhung des Lebensstandards niederschlägt, wird bald ebenso als Kuriosum gewertet werden wie die Tatsache, daß die Arbeit der Hausfrau im eigenen Haushalt nicht in das Brutto sozialprodukt eingeht, wohl aber die - bezahlte - Arbeit im fremden Haushalt. Die Lebensqualität eines Kleinkindes dürfte jedenfalls ziemlich genau proportional zu der Zeit sein, in der die Mutter sich auf das Kind konzentrieren kann.

Im übrigen gibt keine der gängigen Rechnungsarten darüber Auskunft, ob das wirtschaftliche und menschliche Potential eines Landes sorgfältig genutzt, teilweise verschwendet oder bereits überbeansprucht wird, ob damit mehr oder minder dringende Bedürfnisse befriedigt werden, ob Investitionen die Zukunft sichern oder gefährden.

Ich halte allerdings auch nichts davon, den Begriff des wirtschaftlichen Wachstums zu verteuern. Soweit Wachstum sich aus Produktivitätsfortschritten der modernen Industriegesellschaft ergibt, ist es ein statistisches Datum, nicht mehr und nicht weniger, für manche Zwecke brauchbar, nur nicht als Maßstab für den Fortschritt der Gesellschaft.

Deshalb ist es gut, wenn Wissenschaftler sich seit einigen Jahren um ein System von Indikatoren bemühen, das anzeigt, in welchem Umfang menschliche Grundbedürfnisse befriedigt werden.

Daß qualitative Maßstäbe unvergleichbar viel schwieriger zu finden sind als quantitative, ist kein Grund, nicht danach zu suchen. So verstehe ich auch die Anregungen von Sicco Mansholt in dem Brief, den er am 9. 2. 1972 an Malfatti schrieb. Mansholt will bekanntlich den Begriff der „utilité nationale brute“ an die Stelle des Bruttosozialprodukts setzen.

Neue Maßstäbe brauchen wir auch für Wissenschaft und Technik. Das kann nicht heißen, daß Affekte gegen Wissenschaft und Technik uns weiterhelfen, erst recht nicht ein romantisches „Zurück zur Natur“.

Es kommt nicht darauf an, den menschlichen Erfindungsgeist zu frustrieren, sondern ihn auf neue Aufgaben zu lenken. Wie es eine umweltfeindliche Technik gibt, so kann es auch eine umweltfreundliche geben. Die Luftkissenbahn von München nach Hamburg wird weder viel Platz brauchen noch ungebührlich viel Lärm machen. Wenn wir das Elektroauto für die Stadt noch nicht haben, liegt dies wohl nicht an den Technikern. Moderne Methoden der Müllkompostierung entlasten die Umwelt. Wer, wenn nicht Wissenschaft und Technik, soll jene Abbauproduktion vorbereiten, die für viele Konsumgüter den ökologischen Kreislauf herstellt? Wenn es gelänge, ein sicheres, optimal unschädliches und zugleich extrem billiges Mittel der Empfängnisverhütung zu finden, so bekäme der Kampf gegen die Bevölkerungsexplosion in den Entwicklungsländern eine größere Chance, so wie der Kampf gegen den Hunger durch die Züchtung neuer Weizen- und Reissorten leichter geworden ist.

In der Forschung erweist sich schon heute die hergebrachte Trennung von Naturwissenschaften und Technik einerseits, Geistes- und Sozialwissenschaften andererseits als eine für beide Seiten und die gesamte Gesellschaft gefährliche Isolierung. Wenn die Bedürfnisse des Menschen innerhalb ökologisch fixierbarer Grenzen befriedigt werden sollen, werden alle, vom Geologen bis zum Psychologen, einander zuarbeiten müssen.

Systemanalyse und Datenverarbeitung können nützliche Hilfsmittel für Entscheidungen sein, vor allem, wenn sie dazu verwendet werden, technologische Sachzwänge, ökonomische Interessenanlagen und mögliche politische Optionen sauberlich auseinander zu halten.

Sicher werden wir es uns nicht mehr leisten können, wissenschaftlich-technische Möglichkeiten nur deshalb zu realisieren, weil sie realisierbar geworden sind. Politiker tun gut daran, weniger an Sachzwänge zu glauben. Auch Expertenvoten werden wohl noch etwas kritischer zu betrachten sein als bisher, zumal Experten dazu neigen, das für sie Wünschbare als unerlässlich, das von ihnen Verworfenene als absolut unmöglich darzustellen. Wir müssen uns von dem Aberglauben trennen, daß die Technokraten schließlich immer einen Ausweg wüßten aus den Sackgassen, in die sie uns führen. Dies erfordert auch eine Verschiebung der Beweislast. Soll ein neuer Großflughafen gebaut werden, so muß die Beweislast für seine Notwendigkeit bei denen liegen, die ein Interesse daran haben, etwa an der rascheren Beförderung von Frachten, nicht die Beweislast für seine Entbehrlichkeit bei denen, deren Ruhe er stört und deren Luft er verpestet.

Die lapidare Feststellung, daß der Stromverbrauch sich jeweils in einer bestimmten Zeitspanne verdoppelt, reicht allein noch nicht aus, den Bau eines Kraftwerkes zu rechtfertigen. Es könnte ja auch sein, daß solche Zahlenreihen schließlich ins Absurde führen, zumindest aber an die Grenze, wo der ökonomische Vorteil mehr als aufgehoben wird durch den ökologischen Nachteil.

IV. Von der Ökonomie zur Ökologie

Der Übergang von der Ökonomie zur Ökologie wird sich auch in den privaten und öffentlichen Investitionen niederschlagen. Im privaten Bereich dürften - in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland - Rationalisierungsinvestitionen und Ersatzinvestitionen, soweit sie nicht der "Abbauproduktion" dienen, das Recycling ermöglichen und die natürlichen Ressourcen schonen. Daß davon die Wachstumsrate des - materiellen - privaten Konsums betroffen sein wird, ist unvermeidlich.

Der Preis eines Produkts wird zunehmend auch die sozialen Kosten der Produktion einschließen. Durch die Besteuerung umweltfeindlicher Produkte, wie sie der Steuerparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen hat, sollen schon bei der Produktion die Kosten für die Beseitigung erhoben werden. Im Grunde läuft das Verursacherprinzip beim Umweltschutz darauf hinaus, daß die sozialen Kosten in den Preis eingehen.

Die öffentlichen Investitionen werden rascher wachsen müssen als die privaten, da ein ständig wachsender Teil der menschlichen Bedürfnisse (vom frischen Wasser bis zur Bildung) nur von öffentlichen Einrichtungen gedeckt werden kann. Daß eine Kläranlage nur bei ihrer Erstellung in das Bruttosozialprodukt eingeht, dann aber direkt nicht mehr zum "Wachstum" beiträgt, kann nur den stören, der statistische Daten mit politischen Zielen verwechselt.

Der Übergang vom ökonomischen zum ökologischen Denken, vom Pro-Kopf-Einkommen zur Lebensqualität wird auch an den Gewerkschaften nicht spurlos vorübergehen. Diese Arbeitstagung zeigt, daß die größte Gewerkschaft in diesem Lande sich dessen bewußt ist.

In den letzten Jahren zeigten Meinungsumfragen, daß die wenigsten Arbeitnehmer den Eindruck hatten, es gehe ihnen besser, wenn sie beträchtliche Erhöhungen ihrer realen Löhne und Gehälter hinter sich hatten. Dies mag überwiegend daher rühren, daß Preissteigerungen, auch wenn sie wesentlich niedriger sind als Lohnerhöhungen, stärker bewußt werden. Aber es könnte doch auch ein Reflex der Erfahrung mitspielen, daß größere Konsumkraft auch bei unteren Einkommensgruppen nicht unbedingt die Lebensqualität verbessert. Mancher kommt heute mit dem Mittelklassewagen auch nicht rascher zur Arbeit als vorher mit dem Kleinwagen.

Geringeres Wachstum des privaten Konsums bedeutet - und es wäre kindisch, dies hier zu verschweigen - auch geringeren realen Anstieg der Nettolöhne und -gehälter, und zwar in jedem denkbaren Fall.

Aber dies braucht die Bedeutung der Gewerkschaften nicht zu mindern. Bisher haben die Gewerkschaften den Arbeitnehmer überwiegend - wenn auch keineswegs ausschließlich - in seiner Eigenschaft als Konsument und Produzent vertreten. Nun dürfte ihre Aufgabe noch wesentlich umfassender werden. Gewerkschaften, die sich mitverantwortlich fühlen für die Lebensqualität ihrer Mitglieder, werden nicht unwichtiger, wohl aber politischer. Sie verlieren nicht ihre Funktion im Verteilungskampf, wohl aber könnte sich diese Funktion verändern. Wenn wirklich die Bedürfnisse des Arbeitnehmers immer mehr durch öffentliche Dienstleistungen und Investitionen gedeckt werden und immer weniger durch zusätzlichen privaten Konsum, so könnte sich dies - und ich hoffe es sogar - bis in die Tarifverhandlungen hinein auswirken. Daß die Gewerkschaften darauf bestehen müssen, daß der Produktivitätszuwachs der Wirtschaft in der einen oder anderen Form dem Arbeitnehmer zugute kommt, versteht sich von selbst.

Weder der Vorrang ökologischen Denkens noch das Bemühen um eine höhere Lebensqualität signalisiert für mich das Ende der Leistungsgesellschaft. 3,7 Milliarden Menschen können auf diesem Planeten nicht ohne technische Zivilisation leben, geschweige denn die 8 bis 12 Milliarden, mit denen unsere Kinder diesen Globus teilen werden. Eine technische Zivilisation, die nicht funktioniert, ist aber so ziemlich die schlechteste aller denkbaren Welten. Sie funktioniert jedoch nicht ohne Leistungsprinzip.

Im übrigen werden von uns in nächster Zeit gewaltige Anstrengungen verlangt werden, wenn das Raumschiff Erde ein Ort bleiben und für viele erst werden soll, auf dem es sich leben läßt. Diese Anstrengungen sind ohne Leistungsprinzip nicht denkbar.

Eine andere Frage ist, welchen Rang das Leistungsprinzip haben soll, woran Leistung abzulesen ist und worauf sie sich richtet. Eine Gesellschaft, die den Wert eines Menschen nur nach seiner Leistung bemißt, wird immer eine inhumane Gesellschaft sein. Im übrigen wird sich unser Begriff von Leistung ändern müssen. Die Leistung einer engagierten Kindergärtnerin fordert die Lebensqualität von Kindern wesentlich mehr als die Leistung des Herstellers von Zuckerwaren, dessen scheußlich gefärbte Bonbons die Kinder aus dem Automaten holen, um sich damit, wenn nicht den Magen, so doch sicher die Zähne zu ruinieren.

Der Herr Bundespräsident beanstandet immer wieder, daß nur in Ausnahmefällen Frauen für Auszeichnungen vorgeschlagen werden. Auch hier zeigt sich, welch windschiefes Bild von Leistung wir haben.

Einem anderen Menschen über eine schwierige Zeit hinwegzuhelfen, auch das Tragen von Leid, kann eine höhere Leistung sein, als seine Mitmenschen von der Unentbehrlichkeit überflüssiger Konsumgüter zu überzeugen. Solange Leistung verlangt wird um der Steigerung von Produktion und Konsum willen, wird die große Verweigerung nicht zu überwinden sein. Aber die Erfahrung zeigt: Wo es darum geht, Menschen das Leben lebenswerter zu machen, werden manche - vor allem junge Leute - leistungswillig, von denen es niemand erwartet hat.

Was wir brauchen, sind einleuchtendere Ziele und humanere Maßstäbe für die Leistung.

V. Herausforderung an die Politik

Wer das Reden von der Qualität des Lebens ernst meint, muß politische und gesellschaftliche Veränderungen wollen. Wenn ein 63jähriger Praktiker der Politik wie Sicco Mansholt von einer „réorientation de la politique“ spricht, so sollten wir dies nicht deshalb in den Wind schlagen, weil der eine oder andere seiner Vorschläge uns nicht zwingend erscheint. Dieser Mann ist schon einmal zu früh verlacht worden. Wie diese Neuorientierung aussehen soll, kann allerdings auch er bestenfalls andeuten. Nur eines meint er zu wissen: Weder die üblichen Mittel der Marktwirtschaft noch die Methoden eines Staatskapitalismus werden für die neuen Aufgaben ausreichen. Anders gesagt: Was jetzt zu bewältigen ist, dürfte den Dogmatiker in Ost und West ebenso in Verlegenheit bringen wie diejenigen, die sich auf ihren Pragmatismus allzuviel zugute halten. Die Denkrevolution von der Ökonomie zur Ökologie wird keines der Gesellschaftssysteme ungeschoren lassen. Wahrscheinlich werden die Dogmatiker noch einige Zeit versuchen, das ganze Thema als einen besonders raffinierten Subversionsversuch gegen ihre etablierte Ordnung abzutun, ehe sie sich daran machen werden, es einzufangen und ideologisch zu integrieren.

Ändern wird sich das Verhältnis von Wirtschaft und Politik, und zwar in Ost und West. Wo wirtschaftliches Wachstum unangefochtenes Ziel der Politik ist, wird Politik vor allem das administrative Gerüst für das wirtschaftliche Wachstum zu liefern haben: Gute Politik ist, was das Wachstum fördert, schlechte, was das Wachstum hemmt.

Immer wird der Politiker gefragt sein, was er zum wirtschaftlichen Wachstum beitrage.

Wo Qualität des Lebens gefragt ist, wird der Politiker, gedrängt von der öffentlichen Meinung, den Ökonomen, auch den Unternehmer, fragen, was er - positiv oder negativ - dazu beitrage.

Politik wird das Interesse des Gemeinwohls zu konkretisieren haben, an dem sich Wirtschaft und Administration in gleicher Weise orientieren können.

Die Fälle, in denen das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegen Einzelinteressen durchgesetzt werden muß, werden zunehmen. Dabei wird es in einer Gesellschaft, in der die Vertretung von Partikularinteressen bis zur letzten Perfektion entwickelt ist, gelegentlich hart auf hart zugehen. Ich fürchte, daß viele von denen, die mir darin zustimmen, Mühe haben werden, auch meine Folgerung daraus zu unterstützen: Was hier getan werden *muß*, kann nur ein funk-

tionsfähiger, ein starker Staat leisten. Ein Staat, der nicht mehr wäre als ein lächerlicher Spielball von Sonderinteressen, wird das Gesamtinteresse nicht wahrnehmen können. Natürlich lauern hier Gefahren, vor allem die Gefahr, daß sich Leute finden, die wieder einmal die Menschen zu einem Glück zwingen wollen, das andere für sie ausgedacht, oder, was noch schlimmer wäre, mit dem Computer für sie errechnet haben. Wer die Freiheit zerstört, trifft die Qualität des Lebens in ihrem Kern. Dies gilt zumindest für den europäischen Kulturkreis. Und wenn ich Freiheit sage, meine ich, was in unserer Verfassung an Freiheit verankert ist.

Also kommt alles darauf an, neue Formen der Meinungs- und Willensbildung zu finden. Was höhere Lebensqualität ist, kann nicht von wenigen Wissenden dekretiert werden. Es gilt, in einer möglichst breiten Diskussion ein Höchstmaß an Konsensus zu erreichen, das Abstimmbare in demokratischer Mehrheitsbildung zu entscheiden und das Unabstimmbare der individuellen Entscheidung zu überlassen. Wenn es jemals des großen Gesprächs bedurfte, dann in einer Gesellschaft, in der es um die Qualität des Lebens geht. Dabei werden die Massenmedien, besonders das Fernsehen, unentbehrlich sein. Dieses Gespräch wird umso nützlicher, je mehr Bürger sich daran beteiligen, die sich weder durch Ressentiments gegen Wirtschaft und Technik noch durch ökonomische Eigeninteressen leiten lassen: Wer sich weigert, die neuen Grenzen und Fragestellungen zur Kenntnis zu nehmen, kann so wenig dabei helfen wie derjenige, der die Verletzlichkeit und Sensibilität einer modernen Industriewirtschaft übersieht.

Weil über die Qualität des Lebens wie nie zuvor politisch entschieden werden muß, wird dies eine politische Epoche sein. Es wird gestritten werden um politische und gesellschaftliche Strukturen. Dabei wird sich etwas ergeben, was die europäische Geschichte bisher nicht kannte: Es werden Konservative sein, die, gebunden an handfeste Interessen, zumindest im Ökonomischen den Fortschrittsmythos hochhalten. Sie werden uns sagen, daß alles nicht so schlimm sei, daß sich schließlich alles von selbst einspielen werde, wenn man nur den Marktmechanismus nicht störe.

Und es werden Progressive sein, die sich der Realität stellen, die sich fragen, was innerhalb der nun sichtbar werdenden Grenzen Fortschritt sei. Und sie werden gründliche Kurskorrekturen verlangen, nicht, weil sie behaupten, den Weg zur Glückseligkeit gefunden zu haben, sondern weil sie begriffen haben, daß Fortschreibung des Gewohnten nicht nur keine ideale, sondern gar keine Zukunft mehr ergibt. Sie werden den Fortschritt wollen, obwohl oder gerade weil er sehr viel schwieriger zu haben ist, als viele glaubten.

Wenn das Laisser-faire ökologisch zu teuer wird, bedeutet das noch nicht das Ende aller Marktwirtschaft. Wenn uns die Endlichkeit unserer gemeinsamen Ressourcen voll zum Bewußtsein kommt, so folgt daraus noch nicht das Ende privaten Eigentums.

Aber wenn Lebensqualität nur noch durch politisches Handeln zu verwirklichen, wenn Sozialismus das Handeln im Gesamtinteresse der Gesellschaft meint, wenn schließlich die Qualität des Lebens in ihrem Kern gefährdet ist, wo Entscheidungen nicht mehr aus freier Diskussion entstehen, dann wird dies eine Epoche des freiheitlich-demokratischen Sozialismus sein müssen.

Erhard Eppler, geb. 1926, Dr. phil., u.a. Mitglied des Deutschen Bundestages von 1961 bis 1976, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 1968 bis 1974, von 1973 bis 1992 Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD und viele Jahre Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages.